

SoVD · Muhliusstraße 87 · 24103 Kiel

An die
Damen und Herren
der Medien

Landesgeschäftsstelle
Abteilung Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
Guido Bauer
Tel. 0431 98388-82
Fax 0431 98388-72
presse@sovd-sh.de

PRESSEMITTEILUNG

17.08.2020

SoVD Schleswig-Holstein fordert mehrere Tausend neue Sozialwohnungen pro Jahr

In den nächsten fünf Jahren werden weitere 7683 günstige Wohnungen vom Markt verschwinden, weil die Preisbindung ausläuft. In Schleswig-Holstein gab es einmal 200.000 Sozialwohnungen, heute nur noch weniger als 50.000. Jedes Jahr werden es weniger. Und das bei steigendem Bedarf.

Jutta Kühl, Landesvorsitzende im SoVD Schleswig-Holstein, fordert ein rasches Eingreifen der Politik: „Wir dürfen jetzt nicht länger warten. Gerade in den Ballungszentren konkurrieren Rentner, Studenten und andere Menschen mit geringem Einkommen um ein immer knapper werdendes Wohnungsangebot. Die Lage war schon 2018 ernst, als wir gemeinsam mit dem Mieterbund unsere Volksinitiative für ein Recht auf bezahlbaren Wohnraum angestoßen haben. Die Aufnahme eines solchen Rechts in die Landesverfassung wäre für alle Bürgerinnen und Bürger ein starkes Signal gewesen, dass die Politik die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nimmt. Leider haben die Regierungsfractionen diese große Chance verspielt und auch heute noch vertrauen sie fast ausschließlich auf die Kräfte des Marktes. Das war schon damals falsch und ist es in Corona-Zeiten erst recht. Es ist zwingend erforderlich, dass das Land und die Kommunen wieder selbst bauen – und zwar in großem Ausmaß. Pro Jahr benötigen wir in Schleswig-Holstein mehrere Tausend neue Wohneinheiten, damit das Problem nicht größer wird.“

Sozialverband Deutschland e.V.
Landesverband Schleswig-Holstein

Muhliusstraße 87
24103 Kiel
www.sovd-sh.de

Tel. 0431 98388-0
Fax 0123 98388-10
info@sovd-sh.de

Amtsgericht Kiel VR 5533 KI
1.Landesvorsitzende: Jutta Kühl
Landesgeschäftsführer: Sönke Lintzen

Evangelische Bank eG (EB)
BIC: GENODEF1EK1
IBAN: DE66 5206 0410 0006 4009

Der Sozialverband Schleswig-Holstein vertritt die Interessen von mehr als 160.000 Mitgliedern. Vor zwei Jahren hat er zusammen mit dem schleswig-holsteinischen Mieterbund eine Volksinitiative gestartet, bei der die beiden Organisationen knapp 40.000 Unterschriften gesammelt haben – für die Aufnahme des Rechts auf bezahlbaren Wohnraum in die Landesverfassung.